



Da steckt mehr drin

Verteilung. Wie verändern sich die Einkommensverteilung und die Armutsrisiken in Deutschland, wenn nicht nur die Einkommen, sondern auch die Vermögen berücksichtigt werden? In einer neuen Studie gehen die IW-Ökonomen Judith Niehues und Maximilian Stockhausen diesen Fragen nach und kommen zu teils unerwarteten Ergebnissen. Im Interview erläutern sie, was ihre Erkenntnisse für die Diskussion über Altersarmut bedeuten – und für die Politik.

—> [Seiten 2-5](#)

Camping

In Corona-Zeiten entscheiden sich viele Menschen für einen Campingurlaub – die Nachfrage nach Wohnmobilen und Wohnwagen ist deshalb sprunghaft gestiegen.

—> [Seiten 8-9](#)

Pflege

Die meisten Haushalte in Deutschland könnten die Kosten der stationären Pflege eine Zeit lang tragen – auf Dauer aber droht ihnen die finanzielle Überlastung.

—> [Seiten 10-12](#)

Auf keinem Auge blind

Verteilung. Vermögen hat eine besonders wichtige Funktion: die Absicherung von unerwarteten Einkommensausfällen. Eine neue IW-Studie zeigt, wie sich die Einkommensverteilung und Armutsrisiken verändern, wenn die Vermögen berücksichtigt werden – und liefert Erkenntnisse, die viele überraschen dürften.

Gerade in einer Zeit, in der die Verunsicherung durch die Corona-Pandemie groß ist und viele Menschen Existenzängste plagen, wird in Deutschland hitzig über die Verteilung von Einkommen und Vermögen diskutiert.

Doch die meisten Debatten zu diesem Thema haben eine entscheidende Schwäche: Es wird wahlweise das ungleich verteilte Vermögen

angeprangert oder aber das Einkommen, das nach allgemeinem Dafürhalten ebenfalls nicht fair verteilt ist. Doch diese Zweiteilung hilft wenig:

Eine kombinierte Betrachtung von Einkommen und Vermögen liefert ein vollständigeres Bild des materiellen Wohlstands und lässt bessere Rückschlüsse auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bevölkerung in Deutschland zu.

Die IW-Studie nutzt diesen Ansatz (siehe Kasten Seite 4) und die Ergebnisse sind eindeutig: Die Zugehörigkeit zu den unverändert definierten Einkommensschichten verschiebt sich deutlich nach oben, wenn die Vermögen berücksichtigt werden (Grafik Seite 3):

Wird neben dem Einkommen auch das Vermögen berücksichtigt, zählen statt 3 gut 9 Prozent der

Vermögenseffekt bei über 65-Jährigen am größten

So hoch war das monatliche Haushaltsnettoeinkommen der verschiedenen Altersgruppen nach der entsprechenden Einkommensdefinition im Jahr 2017 in Euro

Gruppe	Einkommenskonzept	Durchschnitt
Unter 25 Jahren	Konventionelle Einkommensdefinition	1.865
	Erweiterte Einkommensdefinition	2.035
25 bis 49 Jahre	Konventionelle Einkommensdefinition	2.114
	Erweiterte Einkommensdefinition	2.272
50 bis 64 Jahre	Konventionelle Einkommensdefinition	2.569
	Erweiterte Einkommensdefinition	3.068
65 Jahre und älter	Konventionelle Einkommensdefinition	2.066
	Erweiterte Einkommensdefinition	3.574

Konventionelle Einkommensdefinition: bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen als Summe der Arbeits- und Kapitaleinkommen inklusive des geldwerten Vorteils aus selbst genutztem Wohneigentum sowie Sozialtransfers und Renten abzüglich Steuern und Sozialabgaben

Erweiterte Einkommensdefinition: Der Vermögensbestand wird in regelmäßige Zahlungen bis zum erwarteten Lebensende aufgeteilt und zum laufenden Einkommen hinzuaddiert, dabei wird ein Zins von 2 Prozent angenommen

Bedarfsgewichtung: Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass Haushalte mit mehreren Personen einige Kosten aufteilen können, wodurch für den Einzelnen mehr Geld übrig bleibt

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Bundesbürger zu den relativ Reichen, verfügen also netto über mehr als 250 Prozent des mittleren Einkommens – das sind für einen Single 4.713 Euro monatlich.

Gleichzeitig reduziert sich gemäß der ursprünglichen Schichtgrenzen der Anteil der relativ Armen sowie derjenigen, die zur unteren Mittelschicht zählen, zusammen um rund 4 Prozentpunkte.

Was allerdings auch die kombinierte Betrachtung nicht erfasst, ist das sogenannte implizite Vermögen all jener, die erwerbstätig sind und sich bereits einen Anspruch auf eine gesetzliche Rente erarbeitet haben. In aller Regel geht davon ein die Ungleichheit reduzierender Effekt aus.

Weiterhin erfassen die Daten nur unzureichend die Vermögen in Form von (Lebens-)Versicherungen, die

eine verbreitete Altersvorsorge der Mittelschicht darstellen.

Als Schönfärberei der tatsächlichen Lage darf die kombinierte Betrachtung von Einkommen und Vermögen trotz ihres positiven Gesamtergebnisses nicht abgetan werden (siehe Interview Seite 5). Denn während die auf die restliche Lebenszeit aufgeteilten Vermögen das laufende Einkommen in vielen Fällen erhöhen, können Schulden es in einigen Fällen reduzieren – der erste Effekt wirkt über alle Haushalte betrachtet jedoch deutlich stärker.

Dennoch gehen höhere Einkommen auch in dieser Betrachtungsweise tendenziell mit höheren Vermögen einher – und am anderen Ende der Skala gilt, dass viele Menschen mit geringem Einkommen auf kein nennenswertes Vermögen zurückgreifen können.

Besonders aufschlussreich ist die gemeinsame Betrachtung der Einkommen und Vermögen nach Altersgruppen (Grafik Seite 2):

Das verfügbare Monatseinkommen der über 65-Jährigen erhöht sich nach Berücksichtigung der Vermögen im Schnitt um 73 Prozent – von 2.066 auf 3.574 Euro.

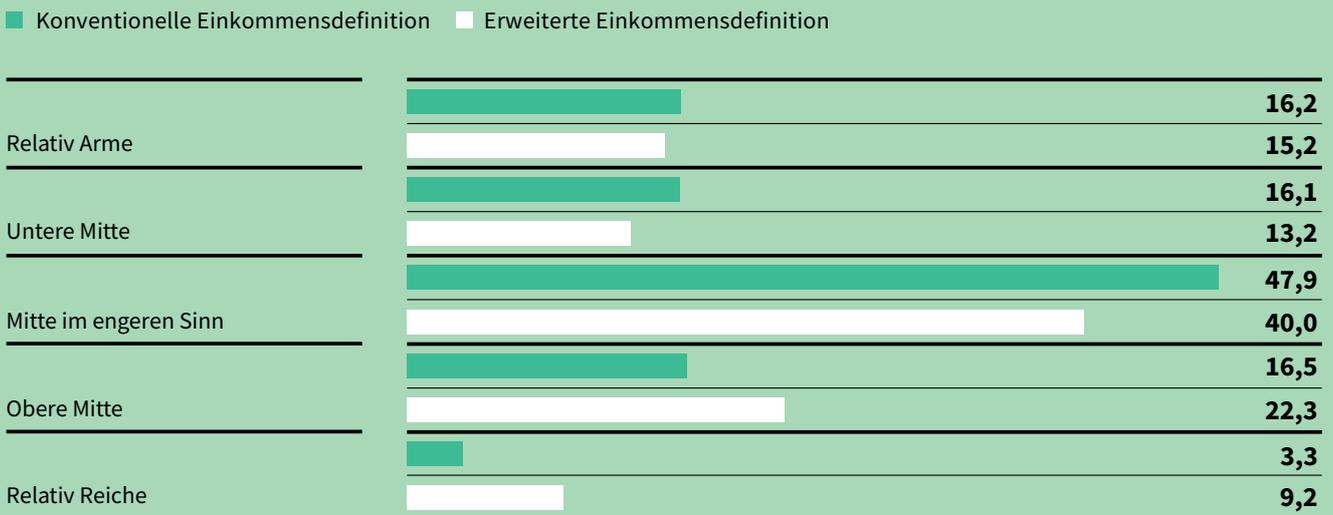
Bei den 50- bis 64-Jährigen sind es 19 Prozent mehr, bei den unter 25-Jährigen indes nur 9 Prozent. Das macht deutlich, dass Ältere häufiger über nennenswerte Vermögen verfügen, da diese normalerweise im Lebensverlauf erst langsam angespart werden.

All das hat erheblichen Einfluss darauf, welche Altersgruppen sich wie oft in den verschiedenen Einkommensschichten wiederfinden.

Fortsetzung

Einkommen und Vermögen: Gesamtschau entspannt die Situation

So viel Prozent der Einwohner Deutschlands zählten 2017 zu dieser Schicht gemäß der entsprechenden Einkommensdefinition



Einkommensschichten: Die Grenzen werden jeweils in Relation zum bedarfsgewichteten Medianeinkommen gemäß der konventionellen Einkommensdefinition abgeleitet; relativ Arme: unter 60 Prozent, untere Mitte: 60 bis 80 Prozent, Mitte im engeren Sinn: 80 bis 150 Prozent, obere Mitte: 150 bis 250 Prozent, relativ Reiche: mehr als 250 Prozent
 Konventionelle Einkommensdefinition: bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen als Summe der Arbeits- und Kapitaleinkommen inklusive des geldwerten Vorteils aus selbst genutztem Wohneigentum sowie Sozialtransfers und Renten abzüglich Steuern und Sozialabgaben
 Erweiterte Einkommensdefinition: Der Vermögensbestand wird in regelmäßige Zahlungen bis zum erwarteten Lebensende aufgeteilt und zum laufenden Einkommen hinzuaddiert, dabei wird ein Zins von 2 Prozent angenommen
 Bedarfsgewichtung: Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass Haushalte mit mehreren Personen einige Kosten aufteilen können, wodurch für den Einzelnen mehr Geld übrig bleibt

Die klassische Betrachtung der Nettoeinkommen liefert zunächst weitgehend erwartbare Ergebnisse:

Mit Blick allein auf die Einkommen stellt die Generation der 50- bis 64-Jährigen fast 45 Prozent der relativ Reichen, während die über 65-Jährigen nur 17 Prozent dieser Schicht ausmachen.

Die Erwerbseinkommen sind hier der entscheidende Faktor.

Wird dagegen die gesamte finanzielle Situation betrachtet, wandelt sich das Bild:

Unter Berücksichtigung des Vermögens stellt die Altersgruppe ab 65 mit gut 45 Prozent die größte Gruppe der relativ Reichen. Auch in der oberen Mittelschicht legt der Anteil dieser Altersgruppe deutlich zu – von 18 auf 25 Prozent.

Diese Ergebnisse zeigen, wie wichtig es gerade bei alternden Gesellschaften ist, Lebenszykluseffekte zu berücksichtigen. Gerade bei Senioren hängt die finanzielle Lage häufig nicht allein vom klassischen Einkommen ab.

Schon der isolierte Blick aufs Einkommen zeigt allerdings, dass die Diskussion um Altersarmut differenzierter geführt werden müsste: Nach der klassischen Definition zählen 12,5 Prozent der Generation 65 plus zu den relativ Armen, verfügen also über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens; die Quote in der Gesamtbevölkerung beträgt 16,2 Prozent.

Schaut man auf den erweiterten Einkommensbegriff inklusive Vermögen, verbessert sich die relative Situation der Senioren weiter – dann sind 9,9 Prozent von ihnen relativ arm, liegen also unterhalb der Armutsschwelle von 1.131 Euro – während das auf 15,2 Prozent der Gesamtbevölkerung zutrifft.

Im Ergebnis liegt das höchste Armutsrisiko also keinesfalls bei der

Altersgruppe ab 65 Jahren – auch wenn die mehrheitliche Wahrnehmung der Bevölkerung hier eine andere ist.

Zudem sollte in der aktuellen Corona-Situation nicht vergessen werden, dass das wichtigste Einkommen der Älteren – die Rente – zunächst von der Krise unberührt bleibt. Die Einkommen aus Erwerbstätigkeit dagegen sind derzeit erheblich unter Druck.

Allerdings verbleibt auch in der kombinierten Betrachtung eine

Gruppe Älterer, die sowohl über geringe Einkommen als auch über geringe Vermögen verfügen – und die gegenüber den jüngeren Bevölkerungsgruppen weniger Möglichkeiten haben, ihre finanzielle Situation noch merklich zu verbessern.

Daten und Methodik



Grundlage der neuen IW-Studie zur kombinierten Betrachtung von Einkommen und Vermögen sind die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das SOEP ist eine umfassende und regelmäßige Haushaltsbefragung durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin.

Allerdings gibt es nicht jedes Jahr neue SOEP-Vermögensdaten – die neuesten stehen für das Jahr 2017 zur Verfügung (die Einkommen beziehen sich auf 2016), auch weil zwischen Erhebung und Veröffentlichung der Zahlen eine gewisse Zeitspanne liegt. An der Aussagekraft der Analyse ändert dies jedoch wenig.

Um Einkommen und Vermögen auf einen einzigen monatlichen Wert zu reduzieren, wird der Wert des Vermögens eines Haushalts – beispielsweise Immobilien, Aktien und Geld auf der hohen Kante – in regelmäßige, monatliche Zahlungen bis zum statistisch erwarteten Lebensende der Haushaltsmitglieder aufgeteilt und zum bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen hinzugerechnet. Dabei wird wie in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur üblich ein Zinssatz von 2 Prozent angenommen.

Zum Einkommen gehören in diesem Fall weder die Ersparnis durch selbst genutztes Wohneigentum noch etwaige Kapitaleinkünfte, da beides auch einen Teil des Vermögens darstellt und sonst doppelt gezählt würde.

Bedarfsgewichtet wird das Einkommen der Haushalte, weil ein Mehrpersonenhaushalt davon profitiert, sich gewisse Dinge – von der Hausratversicherung über das Auto bis zur Waschmaschine – zu teilen. Folglich brauchen die Mitglieder pro Kopf weniger Geld, um den gleichen Lebensstandard wie ein Single zu erreichen.

Aus IW-Trends 3/2020

Mariano Calderón, Judith Niehues, Maximilian Stockhausen: Wie verteilt sich der Wohlstand in Deutschland?
iwkoeln.de/wohlstandsverteilung

„Knapp 10 Prozent armutsgefährdete Rentner – das sind 1,75 Millionen Menschen“

Interview. Am Institut der deutschen Wirtschaft forschen **Judith Niehues** und **Maximilian Stockhausen** zur Verteilung der Einkommen und Vermögen. In ihrer jüngsten Studie haben sie nun die beiden Wohlstandsindikatoren kombiniert. Der iwd sprach mit den Ökonomen über die Ergebnisse der Analyse und die Frage, welche Altersgruppe am schlechtesten dasteht.



Weshalb erweitern Sie für Ihre neue Studie das Einkommen um einen monatlichen Anteil des Vermögens?

Stockhausen: Das Vermögen zu berücksichtigen ist wichtig, wenn es um die Frage geht, wie leistungsfähig und wohlhabend ein Haushalt insgesamt ist – dies ist gerade momentan von Bedeutung, da bei vielen Menschen Einkommen wegbriecht.

Niehues: Wir machen oft Analysen zur Frage, wer zu welcher Schicht gehört. Da geht es in der Regel nur ums Einkommen und meist fokussiert sich die Forschung auf die unteren Schichten. Nun wollten wir uns anschauen, wie sich die Schichtzugehörigkeit verändert, wenn auch die – teils nennenswerten – Vermögen berücksichtigt werden.

Dazu teilen Sie Vermögen wie Häuser oder Aktien in Monatswerte auf. Das erscheint unrealistisch.

Stockhausen: Natürlich ist unser Vorgehen ein eher theoretisches. Doch es ist durchaus realistisch, dass ein Haushalt Vermögenswerte zumindest teilweise verkauft und das

Geld nutzt, wenn er in finanzielle Probleme gerät. Bei Wohnimmobilien mag dies jedoch schwieriger sein als bei Aktien.

Was bedeuten Ihre Ergebnisse für die gesellschaftliche Diskussion über Altersarmut?

Niehues: Bereits bei der konventionellen Einkommensbetrachtung liegt die Armutsgefährdung der Menschen ab 65 Jahren unter dem Durchschnitt, mit der Vermögenskomponente verbessert sich ihre relative Situation noch etwas. Doch die Wahrnehmung der Bevölkerung ist eine andere. Die Menschen haben auch falsche Vorstellungen davon, wie viele Senioren es künftig geben wird: In einer Befragung kam heraus, dass die Deutschen glauben, im Jahr 2050 würden etwa 65 Prozent der Bundesbürger im Rentenalter sein, tatsächlich liegt der erwartete Anteil laut Weltbank-Prognose bei deutlich niedrigeren 31 Prozent.

Stockhausen: Problematisch ist auch, dass oft nur auf individuelle Rentenansprüche geschaut wird und das Einkommen des Partners oder

Vermögenswerte nicht berücksichtigt werden. Das überzeichnet die Armutsgefährdung. Doch auch in der kombinierten Betrachtung verbleiben 9,9 Prozent der über 65-Jährigen in der Kategorie der relativ Armen. Das sind 1,75 Millionen Menschen – und diese brauchen gezielte Unterstützung.

Ihre Studie zeigt, dass eigentlich die unter 25-Jährigen jene ohne auskömmliche Einkommen und Vermögen sind ...

Stockhausen: Aber natürlich wird sich das für viele im Lauf ihres Lebens ändern – sie werden mehr verdienen, einige ein Haus bauen oder sonstiges Vermögen aufbauen.

Trotz Corona?

Niehues: Die meisten, die bereits im Ruhestand sind, haben ja auch Zeiten höherer Arbeitslosigkeit erlebt, Öl- und sonstige Krisen. Letztlich kumulieren sich Wohlfahrts-effekte über das ganze Berufsleben.

Stockhausen: Aber ja, der Start ins Berufsleben wird für einige junge Menschen natürlich schwieriger sein als noch vor einem Jahr.

Er wächst und wächst und wächst

Datenmarkt. Ohne sie geht fast nichts mehr: Daten werden erzeugt, gesammelt, gespeichert, interpretiert und verkauft. In der EU ist der Datenmarkt ein wichtiger und wachsender Wirtschaftszweig, der allerdings nur einen Bruchteil des amerikanischen Handelsvolumens erreicht.

Auf Langstreckenflügen ist das Essen an Bord ein nicht ganz unwichtiger Reise- und Wohlfühlfaktor. Die Lufthansa scannt deshalb im Rahmen eines Evaluierungsprojekts die abgeräumten Speisetabletts mithilfe von künstlicher Intelligenz, um herauszufinden, welches Fluggast sein Menü aufgegessen hat und was liegen geblieben ist. Aufgrund der gesammelten Daten zu den Essensresten könnte dann die Bordverpflegung angepasst werden – für einzelne Flugverbindungen, im Extremfall sogar für jeden einzelnen Fluggast.

Klingt utopisch? Ist es aber nicht: Denn im Ergebnis sind nicht nur die Passagiere zufriedener, weil sie ein passendes kulinarisches Angebot an Bord erhalten, sondern auch die Umwelt profitiert, wenn weniger Lebensmittel weggeschmissen werden.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie sich mithilfe von Daten Prozesse und Dienstleistungen fortlaufend optimieren lassen. Die Flut der Daten nimmt dabei von Jahr zu Jahr zu. So wurden im Jahr 2018 weltweit Daten in einem Umfang von 33 Zettabyte generiert – ein Zettabyte entspricht

Der Datenmarkt

Handelsvolumen mit Waren und Dienstleistungen, die auf Daten und Informationen basieren, im Jahr 2019 in Millionen Euro

		Um so viel Prozent fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2019 aufgrund des Datenhandels höher aus
USA	184.873	1,19
Japan	32.929	1,09
Vereinigtes Königreich	17.061	3,71
Deutschland	16.307	3,36
Frankreich	9.459	2,30
Brasilien	7.905	0,23
Italien	5.593	2,15
Niederlande	4.362	3,33
Spanien	3.982	2,50
Schweden	2.996	3,07
Polen	2.078	1,24
Belgien	1.903	2,65
Dänemark	1.585	3,08
Österreich	1.534	2,87
Irland	1.383	2,84

Brasilien, Japan, USA: BIP-Effekte nur begrenzt vergleichbar, da ohne positive Effekte auf die Kunden von Datenfirmen und ohne induzierte Effekte (z. B. höhere Steuereinnahmen, Gehälter)

Quelle: EU-Kommission

einer Trillion Gigabyte. Im Jahr 2025 dürfte das Datenvolumen bereits mehr als fünfmal so groß sein.

Die gesamte wirtschaftliche Aktivität unter Verwendung von Daten nennt man Datenökonomie – und auch die wächst, wie die Datenmenge, kontinuierlich:

Allein in den damals 28 EU-Staaten erreichte die Datenökonomie 2019 einen Wert von 400 Milliarden Euro, fast 8 Prozent mehr als 2018.

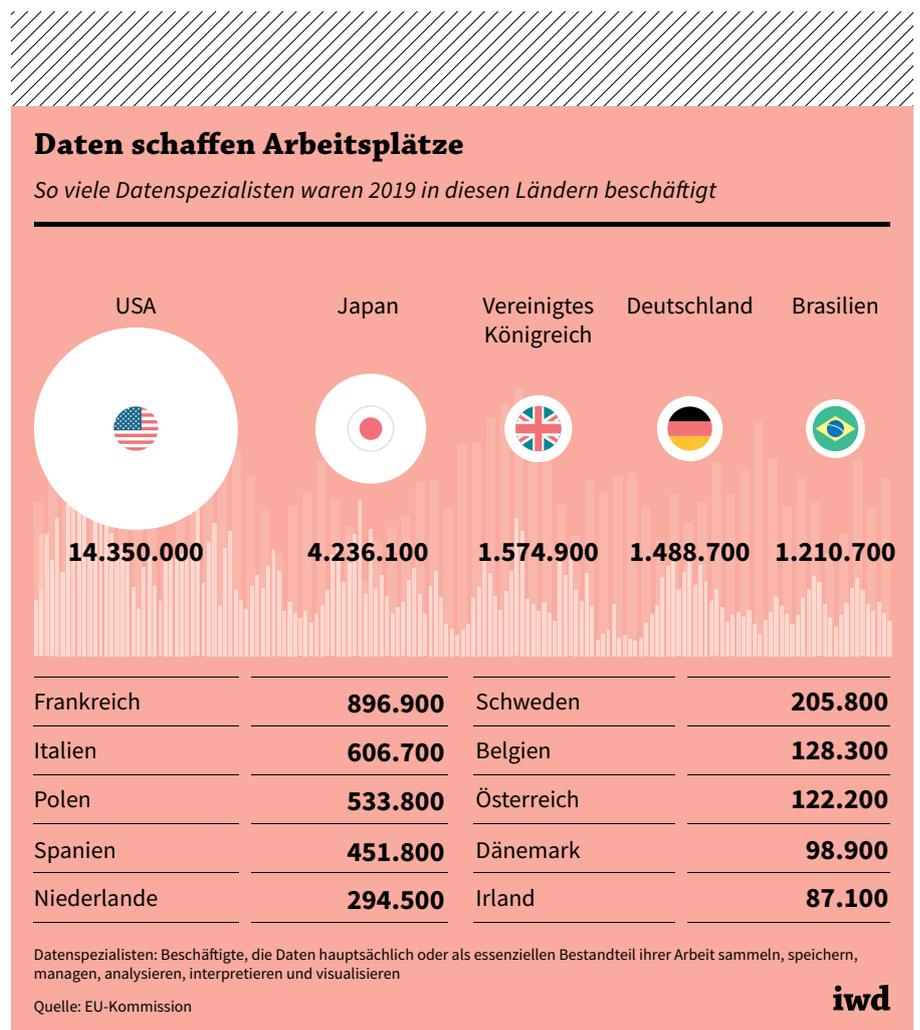
Der reine Datenmarkt, also der Wert der verkauften Daten, belief sich 2019 in den 28 EU-Ländern auf 75,3 Milliarden Euro. Knapp die Hälfte davon wird in nur zwei Ländern generiert (Grafik Seite 6):

Das größte Handelsvolumen mit Daten innerhalb der EU hatte 2019 mit rund 17 Milliarden Euro das Vereinigte Königreich, gefolgt von Deutschland mit gut 16 Milliarden Euro.

Großbritannien hat in puncto Datenmarkt einen entscheidenden Vorteil gegenüber Deutschland und den meisten anderen EU-Ländern: Dort wird Englisch gesprochen, die Amtssprache der Datenspezialisten. Gleiches gilt für Irland, das mit einem Volumen von knapp 1,4 Milliarden Euro zuletzt immerhin auf Platz zwölf der EU-Datenhändler kam.

Im Vergleich zu den USA nimmt sich der europäische Datenmarkt allerdings recht bescheiden aus: Mit einem Volumen von umgerechnet fast 185 Milliarden Euro ist der in den Vereinigten Staaten gehandelte Datenwert fast zweieinhalb mal so groß wie der der gesamten EU.

In den USA können Firmen auf Daten aus verschiedenen Quellen zurückgreifen und verwerten, auch aus Europa. In der EU dagegen ist für Daten oftmals an der Landesgrenze Schluss. Ändern soll dies die von Deutschland initiierte Cloud-Initiative Gaia-X, die eine souveräne und verlässliche Dateninfrastruktur für



Europa schaffen soll. Auch der Digital Single Market sowie die in Arbeit befindliche Europäische Datenstrategie wollen einen Binnenmarkt für Daten schaffen und einen freien Datenverkehr für Unternehmen, Forscher und Bürger innerhalb der EU und über verschiedene Sektoren hinweg ermöglichen.

Doch auch mit einer perfekten Infrastruktur müssen die europäischen Unternehmen, die im Datenmarkt tätig sind, eine weitere Hürde meistern: die passenden Mitarbeiter zu finden. Im Jahr 2019 waren 7,6 Millionen Datenspezialisten in der EU beschäftigt, rund 5,5 Prozent mehr als 2018. Mit fast 1,6 Millionen Beschäftigten im Jahr 2019 war das Vereinigte Königreich EU-weit der größte Arbeitgeber für Datenspezia-

listen (Grafik). Doch längst nicht alle Datenunternehmen konnten ihren Personalbedarf decken:

Im Jahr 2019 waren EU-weit knapp 460.000 Stellen für Datenspezialisten nicht besetzt.

Die EU-Kommission geht davon aus, dass die Fachkräftelücke für diese Berufsgruppe im Jahr 2020 auf fast 500.000 steigen wird. Selbst wenn man den Bedarf des Vereinigten Königreichs abzieht, das seit Anfang 2020 kein EU-Mitglied mehr ist, dürften am Ende dieses Jahres in den übrigen 27 Mitgliedsstaaten mehr als 340.000 Stellen für Datenspezialisten unbesetzt bleiben. Bis 2025 könnte sich diese Lücke – je nach Szenario – auf 480.000 bis 1,1 Millionen fehlende Fachkräfte vergrößern.

My caravan is my castle

Camping. Die Corona-Pandemie hat in diesem Sommer viele Urlaubspläne über den Haufen geworfen. Eine Form des Reisens geht aber als klarer Gewinner aus der Krise hervor: Urlaub mit dem Wohnmobil oder Wohnwagen. Folglich ist die Nachfrage nach rollenden Eigenheimen in den vergangenen Monaten sprunghaft gestiegen.

Aufenthalt unter freiem Himmel, schlafen im eigenen Bett, eine private Dusche und Toilette – Wohnmobile haben gerade in Pandemiezeiten einen besonderen Charme. Viele Urlauber erhoffen sich so einen möglichst kontaktfreien Aufenthalt. Zudem bieten Wohnmobile eine große Unabhängigkeit: Wird es voll auf dem Campingplatz, zieht man einfach weiter.

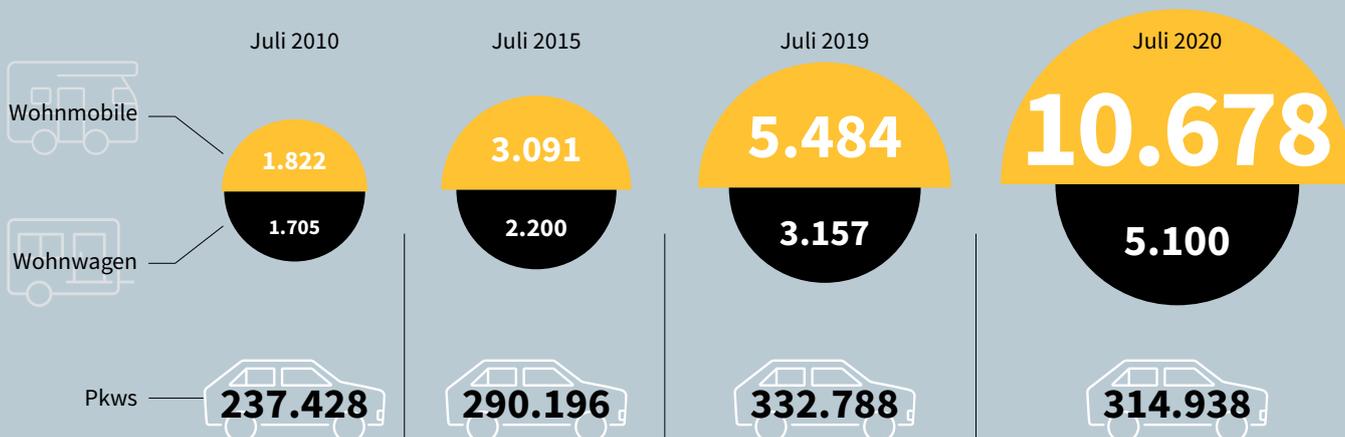
Kein Wunder also, dass die Nachfrage nach Wohnmobilen und Wohnwagen derzeit groß ist. Nachdem der Handel durch den Lockdown im April 2020 kurzfristig schließen musste, blühte das Geschäft im Mai mit mehr als 10.000 neu zugelassenen Wohnmobilen regelrecht auf. Und dieser Boom hält an (Grafik):

Allein im Juli 2020 wurden in Deutschland fast 10.700 Wohnmobile neu zugelassen – das waren knapp doppelt so viele wie im Vergleichsmonat 2019.

Nicht ganz so beliebt sind Wohnwagen – doch auch ihre Neuzulassungszahl ist von 3.157 im Juli 2019 auf zuletzt 5.100 gestiegen. Damit erlebte die Caravaning-Branche 2020 das beste erste Halbjahr ihrer Geschichte: Insgesamt wurden in den ersten sieben Monaten gut 69.000 Wohnmobile und Wohnwagen neu zugelassen – 13,5 Prozent mehr als im selben Zeitraum 2019. Zum Vergleich: Die Zahl der neu zugelassenen Pkws brach infolge der Pandemie von Januar bis Juli 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30 Prozent ein.

Wohnmobil-Boom dank Corona noch größer

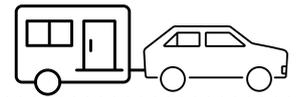
Neuzulassungen in Deutschland



Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Mehr als 69.000 Wohnmobile und Wohnwagen wurden zwischen Januar und Juli 2020 in Deutschland neu zugelassen



Die Corona-Krise beflügelt damit einen Trend, der schon lange zu beobachten ist: Seit zehn Jahren werden Wohnmobile und Wohnwagen bei den Deutschen immer beliebter:

Die Zahl der neu zugelassenen Wohnmobile in Deutschland hat sich seit 2010 nahezu versechsfacht.

Doch nicht nur hierzulande reibt sich die Wohnmobilbranche die Hände – auch in anderen europäischen Ländern ist die Zahl der Neuzulassungen in den vergangenen Monaten gestiegen: In Frankreich wurden im Juni 2020 nach Angaben des Verbands der Caravaning-Industrie im Vergleich zum Vorjahresmonat 58 Prozent mehr Fahrzeuge zugelassen. Auch in Italien stiegen die Neuzulassungen um 50 Prozent. Den stärksten Zuwachs gab es allerdings in Belgien und den Niederlanden: Mit einem Plus von jeweils 84 Prozent haben sich die Neuzulassungen dort fast verdoppelt.

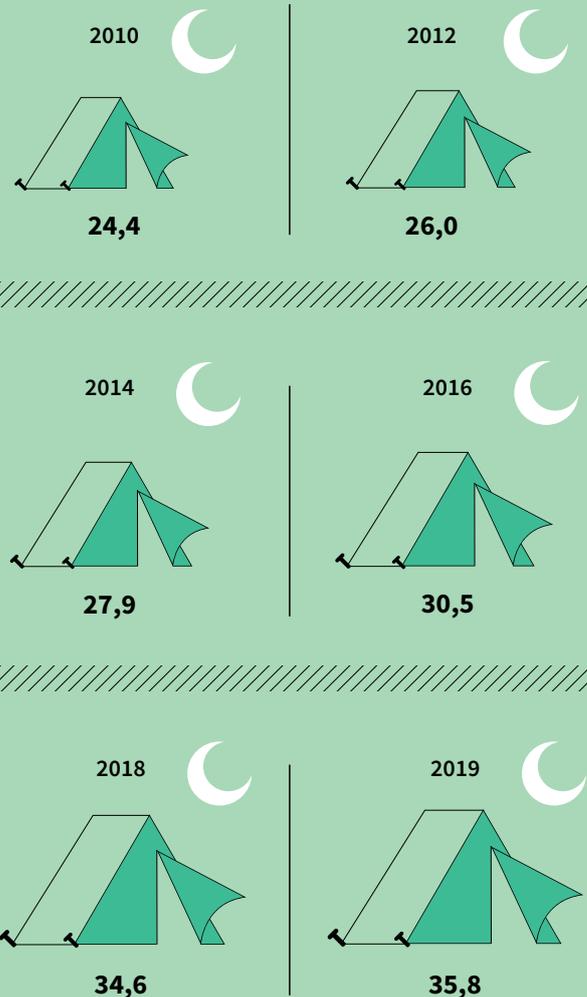
Ähnlich wie bei unseren holländischen Nachbarn gab es auch in Deutschland schon immer viele Campingliebhaber. An der italienischen Riviera zum Beispiel sind viele Campingplätze fest in niederländischer und deutscher Hand. Doch auch deutsche Campingplätze haben sich in den vergangenen Jahren einen Namen gemacht und erfreuen sich immer größerer Beliebtheit (Grafik):

Fast 36 Millionen Übernachtungen auf einem Campingplatz in Deutschland zählte das Statistische Bundesamt 2019 – gut 11 Millionen mehr als 2010.

Durch den Corona-Sommer ist zu erwarten, dass 2020 ein neues Rekordjahr wird. Rund 225.000 Stellplätze auf etwa 3.000 Campingplätzen stehen für Urlauber in der Bundesrepublik bereit. Dennoch könnte es auf besonders beliebten Campingplätzen in Bayern oder Niedersachsen in diesen Wochen eng werden – auch, weil es immer mehr Wohnmobilbesitzer gibt.

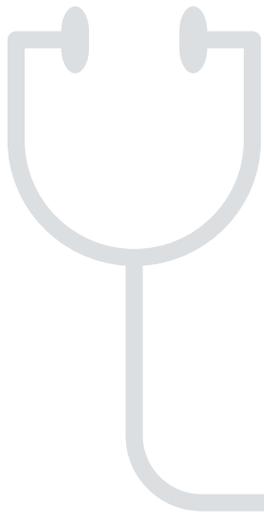
Die Lust auf Camping steigt

Zahl der Gästeübernachtungen auf deutschen Campingplätzen in Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2020 IW Medien / iwid

Unsichere Finanzierung



Pflege. Die Zahl der Menschen, die gepflegt werden müssen, wird infolge der demografischen Entwicklung in Deutschland weiter steigen. Weil die Pflegeversicherung nicht alle Kosten abdeckt, ist das IW der Frage nachgegangen, ob die Bundesbürger über genügend Vermögen – und private Zusatzversicherungen – verfügen, um im Fall der Fälle ihren Eigenanteil zu finanzieren.

Das Problem der Pflegefinanzierung spitzt sich zu. Einerseits steigt die Zahl der Pflegebedürftigen, andererseits bekommt das Pflegepersonal seit Juni dieses Jahres

höhere Mindestlöhne, was die Preise für Pflegeleistungen erhöht. Und zudem könnten die Folgen der Corona-Pandemie für den Arbeitsmarkt an der Einnahmehasis der

Pflegeversicherung nagen und deren Finanzierungsspielräume einengen.

Da die Pflegeversicherung nur einen Teil der Kosten abdeckt, werden auch die Betroffenen den steigenden Kostendruck zu spüren bekommen. Ihr Eigenanteil steigt bereits seit Jahren (Grafik Seite 11):

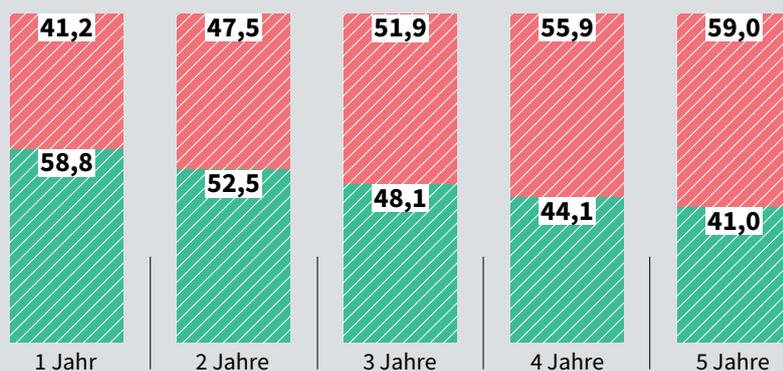
Im Bundesschnitt musste ein Pflegebedürftiger in stationärer Pflege im Jahr 2017 knapp 1.700 Euro pro Monat privat finanzieren, im Juli 2020 waren es schon mehr als 2.000 Euro.

Dass die Pflegeversicherung nur eine Teilleistungsversicherung ist, hat einen Grund: Jeder Bundesbürger soll, so die Idee, zusätzlich privat vorsorgen. Das ist gar nicht so einfach, denn die Kosten einer eventuellen Pflegebedürftigkeit sind für den Einzelnen nur schwer kalkulierbar. Erstens hängen sie von der Versorgungsart ab, also davon, ob der Betroffene in ein Pflegeheim kommt oder ambulant gepflegt wird,

Stationäre Pflege: Wie lange reicht das Vermögen?

So viel Prozent aller Haushalte in Deutschland hätten 2017 die privaten Kosten der vollstationären Pflege dieser Dauer aus ihrem Vermögen ...

- ... nicht leisten können
- ... leisten können

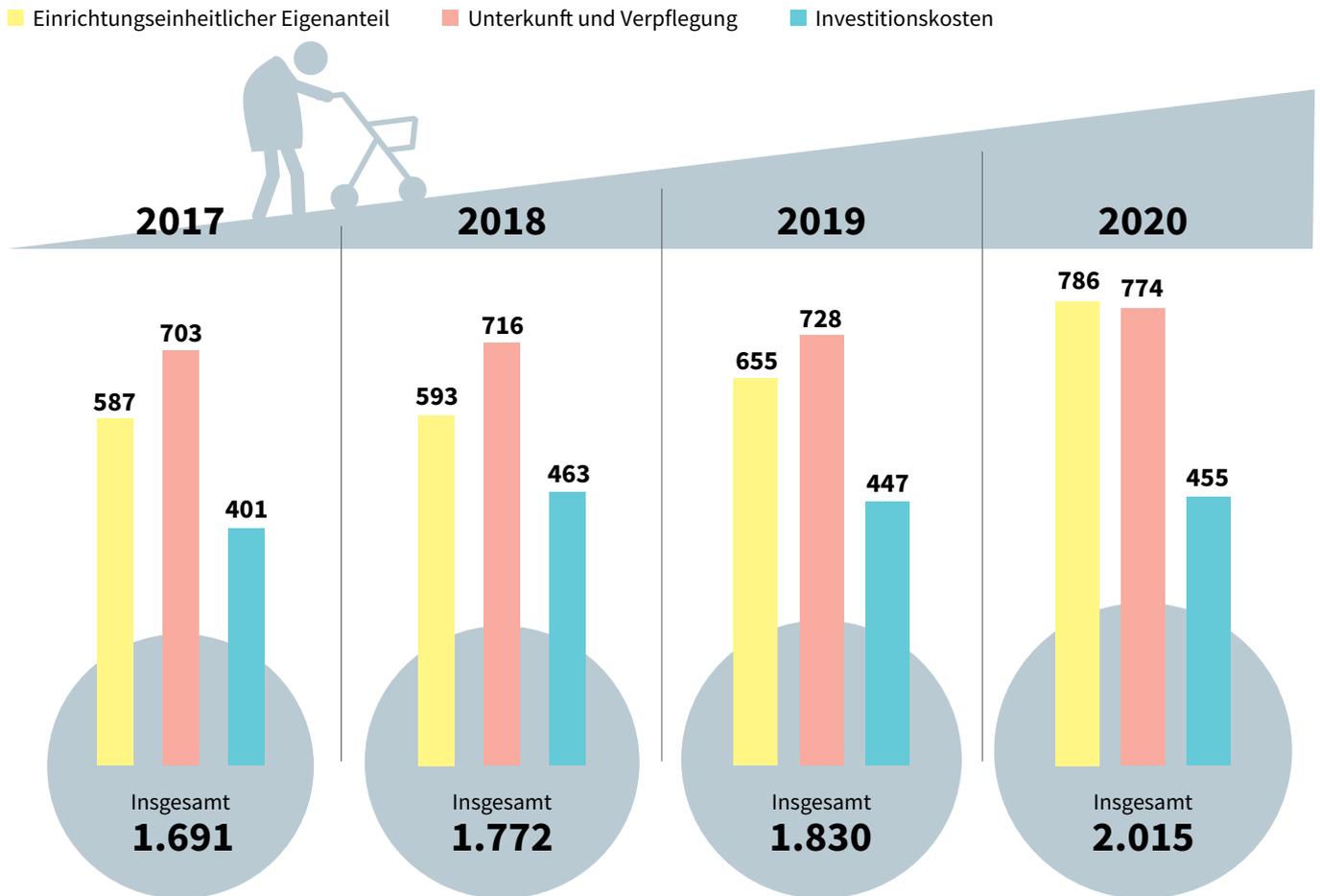


Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Stationäre Pflege: Der Eigenanteil steigt

Bundesdurchschnittlicher Eigenanteil in der stationären Pflege für die Pflegegrade 2 bis 5 pro Person und Monat in Euro



Insgesamt: ohne Ausbildungsumlage beziehungsweise individuelle Ausbildungskosten; 2020: Stand Juli

Quellen: Verband der Ersatzkassen, Rothgang et al. (2017)
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

zweitens ist die Pflegedauer schwer abzuschätzen und drittens basiert die Höhe des Eigenanteils auch darauf, welche Kosten die Pflegeversicherung übernimmt.

Angesichts all dieser Unwägbarkeiten wäre zu erwarten, dass sich die Menschen dagegen absichern. Tatsächlich aber tun das nur die wenigsten:

Im Jahr 2018 hatten nur 2,8 Millionen Bundesbürger eine private Pflegezusatzversicherung.

Folglich stellt sich die Frage, wie viele Bundesbürger ein ausreichendes Vermögen besitzen, um im Pflegefall nicht auf die Unterstützung

durch Angehörige oder den Staat angewiesen zu sein. Doch darüber ist bislang nur wenig bekannt. Deshalb hat das IW die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) analysiert. Gewählt wurde das Jahr 2017, weil das SOEP in diesem Jahr zum vorerst letzten Mal regulär sowohl die Einkommen als auch die Vermögen abgefragt hat (siehe Seiten 2–4).

Konkret geht es in dieser Analyse darum, die Vermögensdaten der Haushalte mit den 2017er Eigenanteilen in der vollstationären Dauerpflege zu vergleichen. Eine Besonderheit: Bei Rentnerhaushalten wird neben dem Vermögen auch

das Einkommen berücksichtigt. Denn während bei ihnen die Höhe der Renten oder anderer Alterseinkommen im Pflegefall nicht beeinträchtigt wird, brechen bei den Beschäftigten im Fall der Fälle die Erwerbseinkommen weg.

Als Vermögen gelten die Nettovermögen der Haushalte, also Finanzvermögen wie Bargeld und Aktien sowie Vermögenswerte wie Immobilien abzüglich Verbindlichkeiten wie Darlehen und Hypotheken. Außerdem wird in der IW-Rechnung jedem Haushaltsmitglied ein Schonvermögen von einmalig 5.000 Euro zugesprochen, wie es in der Sozialhilfe,



//

Die pauschale Annahme, dass Pflegebedürftigkeit für den Großteil der Bundesbürger eine Armutsfalle ist, stimmt nicht – doch für einen Teil der Bevölkerung kann diese Gefahr durchaus relevant sein

//

also der Hilfe zur Pflege, Praxis ist. Die Einkommen sind definiert als Haushaltsnettoeinkommen, also Arbeits- und Kapitaleinkommen aller Haushaltsmitglieder einschließlich privater und öffentlicher Transfers wie Kindergeld und Rente abzüglich Steuern und Sozialabgaben.

Werden die Kosten der vollstationären Pflege den Nettovermögen gegenübergestellt, dann zeigt sich für das Jahr 2017 (Grafik Seite 10):

Rund 41 Prozent aller Haushalte wären nicht in der Lage gewesen, ein Jahr stationäre Pflege eines Haushaltsmitglieds aus ihrem Vermögen zu finanzieren – bei fünf Jahren Pflege hätten sogar 59 Prozent passen müssen.

Aufschlussreich ist auch die Unterscheidung nach Altersgruppen – wobei hier unterstellt wird, dass alle Haushalte noch kein pflegebedürftiges Mitglied hatten. Der Grund: Haushalte mit pflegebedürftigen Mitgliedern haben eventuell bereits Teile ihres Vermögens für die Pflege aufgewendet, sodass ihnen zum Zeitpunkt der Analyse weniger Geld zur Finanzierung weiterer Pflegejahre zur Verfügung gestanden hätte.

40- bis 65-Jährige. Von ihnen hätten 2017 rund 35 Prozent die stationäre Pflege für ein Jahr nicht aus ihrem Vermögen finanzieren können. Ab vier Jahren Pflegedauer

ist mehr als die Hälfte dieser Haushalte finanziell überfordert.

Rentnerhaushalte. Wenn man nur das Vermögen heranzieht, schneiden die älteren Generationen besser ab als die jüngeren – nur rund ein Drittel der über 65-Jährigen kann sich eine einjährige Pflege nicht leisten. Das ist jedoch nicht überraschend, da das Vermögen in der Regel mit dem Alter ansteigt. Berücksichtigt man zusätzlich das Einkommen eines potenziell pflegebedürftigen Rentners, wird der finanzielle Vorteil noch größer: Fast 72 Prozent dieser Haushalte können einen Pflegeaufenthalt von einem Jahr privat finanzieren – für gut zwei Drittel sind auch fünf Jahre kein Problem.

Das Fazit: Die meisten Haushalte könnten die Kosten der stationären Pflege eine Zeit lang tragen. Je länger der Aufenthalt jedoch dauert, desto mehr sind finanziell überlastet. Eine lange Pflegedauer ist aber nicht unwahrscheinlich – rund die Hälfte der Fälle dauert länger als ein Jahr, knapp ein Viertel der Betroffenen ist länger als vier Jahre in einer Pflegeeinrichtung.

Gleichwohl widerlegen die Zahlen die pauschale Annahme, dass Pflegebedürftigkeit für den Großteil der Bundesbürger eine Armutsfalle ist – auch wenn diese Gefahr für

einen Teil der Bevölkerung durchaus relevant sein kann.

Wichtig ist zudem die Feststellung, dass all diese Ergebnisse lediglich eine grobe Einschätzung der finanziellen Situation der Haushalte in Sachen Pflege sind. Denn die Zahlen beziehen sich ausschließlich auf die stationäre Pflege – man muss jedoch davon ausgehen, dass viele Menschen vor ihrem stationären Aufenthalt bereits ambulant gepflegt wurden. In diesen Fällen wurden eventuell bereits Teile des Vermögens und Einkommens aufgewendet, sodass sich der Anteil jener Haushalte, die sich die stationäre Pflege nicht leisten können, tendenziell noch erhöht.

Außerdem wurde unterstellt, dass in jedem Haushalt nur ein Mitglied stationär gepflegt werden muss – in der Praxis kommen aber auch mehrere Pflegefälle in einem Haushalt vor, was zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung führt. Und schließlich wurde bei den Pflegekosten der bundesweite Durchschnitt zugrunde gelegt, regional können die Kosten jedoch sehr viel höher liegen.

IW-Report

Susanna Kochskämper, Silvia Neumeister, Maximilian Stockhausen: Unspezifische Vorsorge – reicht es für die Pflege?

[iwkoeln.de/pflege](https://www.iwkoeln.de/pflege)

Das Büro bleibt zu Hause

Homeoffice. Aufgrund der Corona-Krise arbeiten immer mehr Menschen zumindest gelegentlich mobil. Weil dies größtenteils gut funktioniert, planen viele Unternehmen, das Homeoffice dauerhaft zu etablieren – zum Vorteil beider Seiten.

Am 10. März 2020 wurde in Frankfurt am Main ein Weltrekord aufgestellt: Der dortige Internetknoten verzeichnete mit mehr als neun Terabit pro Sekunde einen neuen Höchstwert an ausgetauschten Daten. Der Betreiber gab als Grund dafür unter anderem an, dass im Vergleich zum Vorjahr 120 Prozent mehr Daten aufgrund von Videokonferenzen ausgetauscht wurden.

Infolge der Corona-Pandemie arbeiten immer mehr Menschen mobil, sei es vom heimischen Arbeitsplatz oder von unterwegs aus. Die Video-Meetings ersetzen nicht nur persönliche Besprechungen, sogar die Treffen in der betrieblichen Teeküche oder gemeinsame Mittagspausen finden durch Gruppenanrufe über Zoom, Skype und Co. ihren virtuellen Ersatz. Eine im April und Mai 2020 durchgeführte Umfrage der gesetzlichen Krankenkasse DAK-Gesundheit zeigt, dass sich dieser Trend über zahlreiche Arbeitsfelder erstreckt (Grafik):

Mehr als die Hälfte aller Befragten gibt an, dass ihr Unternehmen die Möglichkeiten zur Arbeit im Homeoffice im Zuge der Corona-Krise ausgeweitet hat.

Mehr Beschäftigte können von zu Hause arbeiten

So viel Prozent der Arbeitnehmer geben an, dass ihr Arbeitgeber die Möglichkeiten zur Arbeit im Homeoffice ausgeweitet hat



Ausgewählte Arbeitsbereiche; Befragung von 7.226 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland im April und Mai 2020

Quelle: DAK-Gesundheit © 2020 IW Medien / iwd

Vor allem Beschäftigte im Banken- und Versicherungssektor sehen im Homeoffice eine neue Art zu arbeiten; im Sozial- und Gesundheitswesen registrieren die Mitarbeiter dagegen eher weniger Bemühungen ihres Arbeitgebers, ihnen diese Möglichkeit einzuräumen. Das liegt zu großen Teilen aber auch daran, dass die spezifischen Aufgaben und Tätigkeiten, die solch ein Job mit sich bringt, eben nicht von zu Hause aus erledigt werden können – beispielsweise die Pflege von alten oder kranken Menschen.

Während viele Berufsfelder auch schon vor der Corona-Pandemie vergleichsweise stark digitalisiert waren, ist der aktuelle Schub auch in jenen gesellschaftlichen Bereichen wahrnehmbar, in denen bislang eher analog gearbeitet wurde.

So hielten beispielsweise 81 Prozent der evangelischen Gemeinden in Deutschland während des Lockdowns digitale Gottesdienste und Andachten ab, die meisten davon

zum ersten Mal. Fast drei Viertel wollen daran festhalten, nicht zuletzt aufgrund der Reichweite: Im Vergleich zu der durchschnittlichen Besucherzahl der Sonntagsgottesdienste vor der Corona-Pandemie erreichten ihre virtuellen Messen deutlich mehr Menschen.

Auch in der öffentlichen Verwaltung wird vermehrt digital gearbeitet. In einer Umfrage der KfW Bankengruppe im April 2020 gaben 91 Prozent der befragten deutschen Kommunen an, dass sie durch die Pandemie in der Verwaltung – insbesondere bei ihren Planungsprozessen – einen Digitalisierungsschub erwarten. Im Vorjahr klagten die Gemeinden noch eher über Digitalisierungshemmnisse wie den Rückstand bei der IT-Infrastruktur und die Skepsis der Bürger gegenüber digitalen Lösungen.

Für viele Unternehmen war die Arbeit aus dem Homeoffice die einzige Möglichkeit, während des Lockdowns ihre Geschäftsprozesse

aufrechtzuerhalten und den Kontakt zu Kunden, Lieferanten oder Geschäftspartnern nicht abreißen zu lassen.

Zwar war die Arbeit in den eigenen vier Wänden auch vor Corona gang und gäbe (siehe iwd 17/2020), in den vergangenen Monaten gab es diesbezüglich aber einen regelrechten Schub. Laut einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung arbeitete in diesem Frühjahr rund die Hälfte der Beschäftigten in privatwirtschaftlichen Betrieben mit mehr als 50 Mitarbeitern zumindest gelegentlich im Homeoffice – befragt wurden Beschäftigte, die digitale Informations- und Kommunikationstechnologien beruflich nutzen. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt den Corona-Effekt (Grafik):

Fast jeder fünfte Befragte arbeitete vor der Corona-Pandemie ausschließlich im Unternehmen – und sitzt nun zumindest gelegentlich im Homeoffice.

Jeder Fünfte wechselt ins Homeoffice

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland arbeiten, verglichen mit 2019, im Jahr 2020 ...

... weiterhin nicht im Homeoffice

... weiterhin im Homeoffice

45,7

30,9

19,6

3,8

... jetzt im Homeoffice, vorher nicht

... nicht mehr im Homeoffice

Befragung von 1.212 Personen, die beruflich digitale Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen, in Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten im April und Mai 2020

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
© 2020 IW Medien / iwd

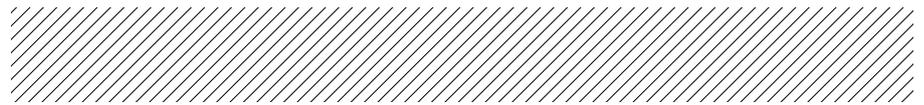
Die Arbeitnehmer, die nach wie vor nicht von zu Hause aus arbeiten, haben verschiedene Gründe dafür. Die überwiegende Mehrheit gibt an, dass ihre Tätigkeit dafür schlichtweg nicht geeignet sei. Bei jedem fünften der reinen Büroangestellten wäre Homeoffice zwar theoretisch möglich, doch 44 Prozent von ihnen sagen, dass dies in ihrem Unternehmen nicht gestattet sei. Und bei rund einem Viertel fehlen nach eigenen Angaben noch immer die technischen Voraussetzungen für das Homeoffice.

Seit 2016 ist die Telearbeit klar definiert und reguliert – einschließlich vieler Verpflichtungen für Arbeitgeber. So muss dieser zum Beispiel fest eingerichtete Bildschirmarbeitsplätze in den Wohnräumen des Mitarbeiters bereitstellen (siehe iwd 11/2020). Spricht man jedoch vom mobilen Arbeiten, ist dies nicht gesetzlich geregelt – ein Grund, weshalb Unternehmen oft eher diese Arbeitsform praktizieren.

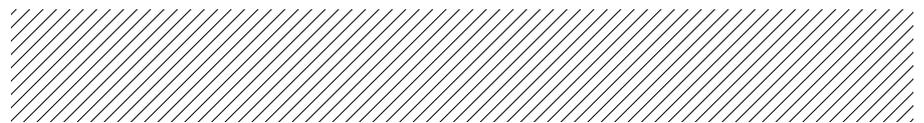
Die internationale Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) empfiehlt ihren Mitgliedsländern deshalb, bestehende Regulierungen für das Homeoffice zu lockern und neue Optionen für die Arbeit in den eigenen vier Wänden zu schaffen. So könne verhindert werden, dass Beschäftigte unnötigerweise der Gefahr des Coronavirus am Arbeitsplatz ausgesetzt sind.

Tatsächlich wollen viele Unternehmen digitale Lösungen vermehrt in ihre Geschäftsprozesse einbinden:

Laut einer Studie des ifo Instituts planen rund 54 Prozent aller



Unternehmen, die während des Lockdowns auf Homeoffice setzen konnten, mussten deutlich seltener Kurzarbeit beantragen als solche, bei denen die Mitarbeiter keine entsprechenden Möglichkeiten hatten



Unternehmen in Deutschland, das Homeoffice in ihrer Firma auch dauerhaft stärker zu etablieren.

Diese Idee kommt nicht von ungefähr: Die Möglichkeit, während der Krise die Arbeitsplätze in die Wohnungen der Mitarbeiter zu verlegen, hat wesentlich dazu beigetragen, die wirtschaftliche Aktivität der Unternehmen aufrechtzuerhalten. So mussten Firmen in Branchen, die verstärkt auf Homeoffice setzen konnten, deutlich seltener Kurzarbeit beantragen als solche, bei denen die Mitarbeiter keine Möglichkeit dazu hatten.

Auch von den Arbeitnehmern wird die verstärkte Heimarbeit

positiv beurteilt. In der DAK-Studie sagten mehr als drei Viertel jener Beschäftigten, die durch die Corona-Krise erstmalig ins regelmäßige Homeoffice gewechselt sind, dass sie diese Arbeitsform – zumindest teilweise – auch langfristig fortführen möchten.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Ein Großteil der Beschäftigten sieht Vorteile vor allem darin, nicht pendeln zu müssen und dadurch Zeit zu gewinnen, sowie in der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Befragten bewerteten aber auch die flexibleren Arbeitszeiten, das ruhigere Arbeitsumfeld und Kostenersparnisse positiv.

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche**778.100****Babys**

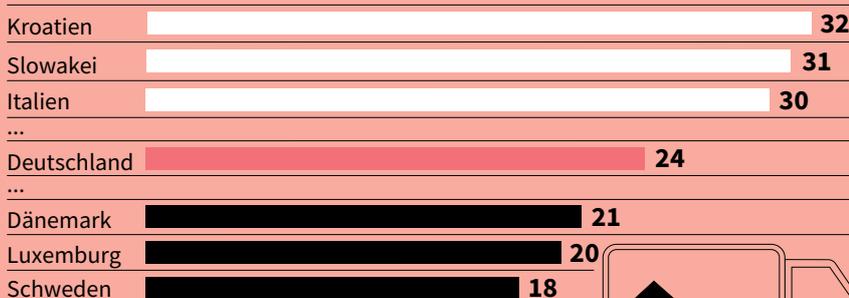
erblickten 2019 in Deutschland das Licht der Welt. Damit wurden 9.400 Kinder weniger geboren als im Vorjahr. Auch die Geburtenrate sank leicht. Mit rechnerisch 1,54 Geburten pro Frau liegt Deutschland knapp unter dem EU-Durchschnitt. Die höchste Geburtenziffer in der EU hatte im vergangenen Jahr Frankreich – dort bekamen Frauen durchschnittlich 1,88 Kinder. Die wenigsten Kinder – 1,23 je Frau – wurden dagegen in Malta geboren. Unverändert ist der Trend, dass Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes immer älter sind. Im Jahr 2019 waren Mütter in Deutschland bei der Erstgeburt im Mittel 30,1 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor lag das Durchschnittsalter noch bei 28,8 Jahren. Noch später beginnen nur die Italienerinnen mit dem Kinderkriegen: Bei der Geburt des ersten Kindes sind sie mit 31,2 Jahren die ältesten Mütter in der EU. Die jüngsten Neu-Mütter findet man dagegen mit 26,2 Jahren in Bulgarien.

Top-Liste: Wann raus aus dem Elternhaus?

Im Schnitt verlassen junge Europäer ihr Elternhaus mit 26 Jahren. Aber wie das so ist mit Durchschnittswerten – im konkreten Fall trifft diese Altersangabe nur auf junge Litauer und Tschechen zu. Die meisten Skandinavier werden dagegen deutlich früher selbstständig – die Schweden sind mit durchschnittlich knapp 18 Jahren sogar echte Frühhauszieher. In Deutschland packen junge Frauen und Männer ihr Bündel im Schnitt kurz vor ihrem 24. Geburtstag. Doch längst nicht alle jungen Erwachsenen ziehen von zu Hause aus: Im Jahr 2019 lebten in der Bundesrepublik noch 28 Prozent der 25-Jährigen im Haushalt der Eltern. Frauen werden übrigens überall in der EU früher flügge als Männer, nur in Luxemburg lassen sich Töchter mit der Suche nach einer eigenen Bude durchschnittlich rund vier Monate mehr Zeit als Söhne.

Skandinavier sind schneller flügge

Durchschnittliches Alter junger Menschen beim Auszug aus dem Elternhaus in der EU im Jahr 2019



Quelle: Eurostat

iwd